Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

**Band:** 12 (1917)

Heft: 8

**Artikel:** Frauenstimmrecht

Autor: [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-351360

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nuhanwendung zieht, daß all diesen Auswichsen der Geldssack- u. Prositinteressensolidarität gegenüber, die immer wieder die nötige Plattsorm sindet, um das Volk auszusaugen, es drunten in der Tiese zu halten, nichts anderes gibt, als die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft über die Landesgrenzen hinaus, denen ist tatsächlich nicht zu helsen. Aber nicht nur die Arbeiter haben das zu lernen, sondern die Vertreter derselben in den Behörden, in den Kommissionen, in den Genossenschaften; sie bemühen sich stets neutral zu sein, glauben in ihrer Ehrlichkeit dem Volksganzen gegenüber handeln zu müssen und verzessen sehn gekon der die Vertreter der besitzenden Klasse wirkliche Klassen, daß all die Vertreter der besitzenden Klasse wirkliche Klassensolidarität kennen und ausüben, sie haben schon längst ihre unfreiwilligen Lehrmeister überflügelt.

Darum soll es endlich genug sein mit der gutmütigen Ehrlichkeit. Es gibt keine Bolkssolidarität, es gibt nur eine Klassen sollssolidarität, und diese hat die Arbeiterschaft restlos auszuüben, will sie die kommenden Zeiten überstehen und von der Anarchie der heutigen Prositwirtschaft zur Sozialisierung der Gesellschaft kommen, in einer Gesellschaft, in der das Wort: "Einer für alle, alle für einen," keine hohle Phrase mehr ist. R.B.

## Vom außerordentlichen Parteitag in Bern.

Richt nur in unsern eigenen Parteifreisen sah man mit Spannung dem Entscheid entgegen; auch im Bürgertum wurde das Resultat — natürlich nicht mit Sehnsucht — aber mit Wutschnauben und Zähneknirschen erwartet. Aus der Ouvertüre hatten sowohl die einen, wie die andern eher auf einen tragischen Ausgang — die Parteispaltung — geschlossen oder gehofft; alle unterschätzten aber die echten guten Grundlinien: Die Kriegsereignisse, die antimilitäristische Propaganda der Militaristen und nicht zuletzt die grund sätliche Auftlärung, weil man nicht durch einen unvorbereiteten Schachzug einsach die Leute vor einen urplötzlichen Entscheid gestellt hatte, wie von der äußersten Linken sowohl als von der Kechten ursprünglich beabsichtigt war.

Die Leserinnen der "Vorkämpferin" wissen ja schon aus der Parteipresse — vielleicht auch aus bürgerlichen Blättern —, daß die übergroße Mehrheit, das heißt drei Viertel der Delegierten, sowohl den Kientaler Beschlüssen als den grundsätlich begründeten Anträgen auf Ablehnung der Vaterlandsverteidigung zustimmten. Aber nicht alle Leserinnen haben Zeit, noch Lust, die ausführlichen Berichterstattungen zu verfolgen. Diesen wollen wir hier nur in aller Kirze mitteilen, daß die Genoffinnen an diesem Parteitag keine geringe Rolle spielten, zum großen Aerger aller Spießer, Aleinbürger und gegangenen einstigen Auch-Sozialdemokraten, die nicht nur mit beiden Beinen auf nationalem Boden stehen, sondern dem Vaterland mit Herz und Hand und mit dem bischen Verstand — ewige Treue geschworen haben. Es darf hier daran erinnert werden, daß schon 1915, als die klare Scheidung begann, die Genoffinnen vor und am Parteitag mitwirkten, daß die Partei eine klare internationale Haltung einnehme. Es waren Genossinnen, die der damaligen Artreterin in der Geschäftsleitung Vorhalte machten, daß sie nicht Zimmerwald zugestimmt hatte; die weiblichen Delegierten nahmen in der Einheitsfrage eine durchaus geschlossene Stellung ein, jum Aerger der verbifsenen Grütlianer. Es war also durchaus gegeben, daß nun in der Folge auch die weitern Konsequenzen gezogen murden.

Mber als ein wirklich gutes Zeichen für die Partei und unsere klassenwaßt fortschreitende Arbeiterinnenbewegung darf es bezeichnet werden, daß sowohl von den Generalrednern zu den Beschlüssen Kiental und Beschickung der Stockholmer Konferenzen, als auch Militärfrage je eine

Genoffin (Rosa Bloch und Rosa Grimm) bezeichnet wurden, deren Boten sich zum minbesten auf einem ebenso hoben Niveau bewegten, wie die der männlichen Redner. Wenn je wieder gegen uns der Vorwurf erhoben wird, wir Frauen, wir könnten nicht sachlich diskutieren, wir würden zu leicht persönlich, dann können wir auf das Vorspiel und einen Zwischenakt dieses Parteitages verweisen, wo der Ibeenkampf zu einem persönlichen Streit ausartete, und wo am Parteitag selbst ein Genosse (Sekretär Ilg, Bern) diese häßlichste Form der Erörterung sachlicher Meinungsdifferenzen (gegen Genossin Grimm) gebrauchte. Als wirklich abschreckendes Beispiel wollen wir dies hier festnageln. Dem Berichterstatter der bürgerlichen "Züricher Post", der endlich seinen Abschied von uns genommen, scheinen Frauen und Sugendliche mit Grund sten auf die Nerven zu geben. Daß sein ausgeprägtes Nationalempfinden nur harte Rehllaute verträgt, ist verständlich, ebenso leicht erklärlich, daß jedes fremdländische Idiom, auch wenn es von Schweizerbürgerinnen gesprochen wird, sein nur für Schweizerdeutsch geeichtes Ohr, verlett. Bei den Mitpatrioten findet er selbstwerständlich verständnisinnige Zustimmung; wir weinen ihm keine Träne nach, freuen uns im Gegenteil, daß der bürgerliche Blätterwald die Meldungen des Preßbureaus Enderli nicht mehr als die Stimme eines Auch-Sozialdemokraten deklarieren kann.

Gerade an diesem Beispiel zeigt sich deutlich, wie wichtig nicht nur für uns, sondern auch für unsere Bruderparteien die klare Stellungnahme ift. Könnten auch in den kriegführenden Ländern die Parteien selbst entscheiden, würde sich bald zeigen, daß die sogenannten Mehrheitler nicht die wirklich große Masse der Arbeiter hinter sich haben. Deshalb ist es wichtig — und das wurde vielleicht zu wenig betont —, daß die Regierungssozialpatrioten, sowenig wie die Regierungen selbst dem Krieg Einhalt gebieten können, nachdem sie fortwährend zum Durchhalten, zum Aufgeben des Klassenkampfes gepredigt, daß sie aber gerne die Oppositionellen als Brücke benutzen möchten, um sich den Schein zu geben, als wirkten sie für den Frieden. Werden sie aber entlarvt, d. h. gelingt es ihnen nicht, zusammen mit denen, die sie bis jest verraten und bekämpft, Friedenskonferenzen abzuhalten, dann werden endlich auch jene Arbeitermaffen, die ihnen im guten Glauben, bisher treue blinde Gefolgschaft leisteten, sehend. Nur so ist der wirklich revolutionäre Rampf für den Frieden möglich.

Und deshalb konnte der Vermittlungsantrag der Genossen süni nicht angenommen werden. Sie mochte — wie einst der gute Riklaus von der Flühe — der Weinung sein, den vorhergegangenen heftigen Kampf zwischen den Richtungen zu schlichten. Aber hier galt es nicht zu versöhnen, sondern zu entscheiden und zwar, einmal Zimmerwald und Kiental zugestimmt, in dieser Kichtung auswärts und vorwärts schreitend.

Freilich wäre es durchaus verkehrt, wenn man nun die getroffenen Beschlüsse als einen "Sieg" bezeichnen wollte. Nein, sie sind erst Ansangs- und nicht Schlußpunkte. Zur Durchsührung bedarf es vor allem nun der "planmäßigen Aufklärung". Diejenigen, die da meinen nun sei ja Beschluß gefaßt über die Militärfrage, nun müsse wieder etwas "Neues" erfunden werden, betrachten unsere Bewegung als Sensation und nicht als ernsten Kampf um eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. —ob—

### Frauenstimmrecht.

Zahlreich, wie der Sand am Meere, sind noch heute die Gegner des Frauenstimmrechts. Nicht nur in bürgerlichen Kreisen, nein, auch in der eigenen Partei stoßen wir immer wieder auf hartnäckigen Widerstand. Es dürfte nun doch bon einigem Interesse sein, die Gründe, welche die Gegner des Stimm- und Wahlrechts der Frauen ins Feld führen, etwas unter die Lupe zu nehmen und auf ihre Stichhaltigseit zu prüsen.

Giner der Haupteinwände, den Frauen das Stimmrecht nicht zu gewähren, gipfelt in der Redensart: Die Frauen leisten keinen Militär dien st, deshalb brauchen sie auch kein Stimmrecht. Der Militärdienst wird demnach als ein Opfer für das Vaterland betrachtet, welches mit dem Stimmrecht belohnt wird. Nun fragen wir uns aber mit gutem Recht: Bringt die Frau und Mutter dem Vaterland nicht ebenso große Opfer? Sie erzieht mit Mühe und taufend Sorgen die Rinder für den Staat, der fie in einem gewissen Alter einfach für sich beansprucht, um sie als Kanonenfutter zu verwenden. Und während die Männer und Söhne an der Grenze stehen, nehmen die Frauen ihre Stelle im Privatleben ein, damit der wirtschaftliche Verkehr keinen Unterbruch erleidet und die Herren Kapitalisten auch in Rriegszeiten ihre Profite ungeschmälert einsteden können. Während dieser Zeit nehmen die Frauen doppelte und dreifache Arbeit auf sich, der sie oft beinahe erliegen. Gebühren ihnen nicht für diese Opfer allein schon politische Rechte?

Die Gegner unserer berechtigten Forderungen behaupten ferner: Die Frauen sind noch nicht reif für das Stimmrecht. Wir wollen ohne weiteres zugeben, daß viele Frauen den Reifegrad für das Stimmrecht noch nicht besitzen. Aber hier sei die Frage gestattet: Sind dennalle Männer reif für das Stimmrecht? Die traurigen Verhältnisse, in denen wir heute leben, geben uns die Antwort: Nein. Viele Männer wissen überhaupt nicht, was sie stimmen sollen, weil sie nicht selbständig denken können und bleiben von der Urne weg. Andere befragen ihren Leithammel, die Zeitung; was die befürwortet, ist ihnen Befehl. Einer stimmt konservativ, weil es der liebe Nachbar so macht. Jener stimmt freisinnig, weil es der Herr Prinzipal wünscht. Wieder andere befragen ihre Frau, und die sind in der Regel am besten beraten. Eine große Zahl von Männern stimmt nicht aus eigener Ueberzeugung. Hätten wir mehr selbständig denkende Männer, so stünde es weit besser um unsere sozialistische Bewegung. Es ist wohl möglich, und daraus refultiert die Abneigung vieler Genossen gegen das Frauenstimmrecht, daß nach Ginführung desfelben unserer Partei einige Sitze verloren gehen dürften. Das wäre aber kein Unglück, der Verluft wäre in wenigen Jahren wieder gut gemacht. Wir sind ja nicht die Gegenwarts-, sondern die Zukunftspartei. Augenblicksverluste oder =er= folge sollen uns nicht verleiten, das Ziel aufs Ganze zu verlieren. Sie sollen uns ermuntern, auch die Frauen zu organisieren, denn die aufgeklärte Frau ist dem Fortschritt viel eher zugänglich, als der Mann. Gebt der Frau erst einmal politische Rechte und ihr werdet sehen, wie viele hervorragende Geistesgaben zutage gefördert werden.

Einen weitern Einwand bekommt man oft und viel zu hören: Die Frauen wollen ja das Stimm. recht gar nicht. Das kann wohl bei jenen Frauen zutreffen, denen Fortuna schon an der Wiege gelächelt hat, die das Leben nur von der goldenen Seite kennen, in Wohlftand und Luxus schwelgen und somit kein Interesse haben, andere Zustände zu schaffen. Sie können das Stimmrecht. entbehren. Aber jene Frauen, welche jahraus, jahrein in der Tretmühle des Alltags stehen, welche schwer leiden unter der Anwendung von Gefeten, die nur Männer gemacht haben, diese sehnen sich nach einer Waffe zur Beseitigung des Sklavenjoches, unter dem fie tagtäglich seufzen. Uebrigens beweist auch die vom Bund schweizerischer Frauenvereine seinerzeit veranstaltete Enquete die Haltlosigkeit der Be-hauptung, daß die Frauen das Stimmrecht nicht wünschen. Die Erhebungen über die Bünschbarkeit desfelben ergaben, daß 62 Prozent der Frauen Lehrer und Schulkommissionen wählen möchten, ebenfalls wünschen 62 Prozent die Wahl in die Schulkommission. Mit noch größerem Prozentsat wird die aktive und passive Wahl in die Armenkommission verlangt. Am begehrteften aber ift das politische Stimmrecht mit 82 Prozent. Ueberall, wo die Frauen das Stimmrecht heute besitzen, benützen sie es mit großem Gifer.

Sehr oft hört man von Leuten, welche kein Verständnis

für die kulturelle Bedeutung der Gleichberechtigung der Frau besitzen, den Einwand erheben: Die Fraugehört ins Saus! Aber dieselben Leute reißen die Frau heraus aus ihrer Häuslichkeit, um sie als willige Sklavin der Arbeit auszubeuten. Schon vor Kriegsausbruch, und seitdem in erhöhtem Maße ist die Frau im öffentlichen Erwerbsleben tätig und zwar mit sehr gutem Erfolg. Das heißt, vielmehr mit gutem Erfolg für den Arbeitgeber, weil sie eben so leistungsfähig ist wie der Mann, dabei aber um den halben Lohn arbeitet. In ihrer Stellung als Berufsarbeiterin bedarf fie des Stimmrechts als eines Schubes gegen allzu maßlose Ausbeutung ihres Geschlechts. Denn wir fordern das Stimmrecht in erster Linie nicht als Geburtsrecht, wie das die bürgerlichen Frauen tun, sondern als soziales Recht, gemäß unserer Stellung im sozialen Leben, die sich in den letzten Jahrzehnten ungeheuer verändert hat. Der Kapitalismus macht nicht Salt vor der Seiligkeit der Familie und des häuslichen Herdes, nein, die wirtschaftlichen Sorgen zwingen die Mutter dem Erwerb nachzugehen. Wenn sie aber fähig ist, schwere körperliche Arbeit zu verrichten, so ist sie auch befähigt, an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen. Denn die Frau ift gu jeder Arbeit berechtigt, zu welcher sie fähig ist.

Von dem Erträgnis ihrer Arbeit muß sie auch Steuern entrichten wie der Mann, dann soll sie auch etwas zu sagen haben im öffentlichen Leben. Wir fordern nicht nur das Bahlrecht, sondern auch das Wahlrecht! In unserer vielgerühmten Demokratie mit dem — "lebendigen Inhalt" — wird der größere Teil der Bürger von dem Wahlrecht ausgeschlossen, während monarchische Staaten das Frauenstimm- und Wahlrecht längst eingeführt haben. In der gegenwärtigen Zeit ist es höchst notwendig, daß auch die Frauen der Schweiz politische Rechte erlangen.

Sie find für uns geradezu eine Notwendigkeit, um unsere persönlichen Interessen zu wahren, darum:

Frauenstimm- und Bahlrecht vor!

P. R.-R., Biel.

# Bur Frage des Frauenstimmrechtes im Ranton Zürich.

Alljährlich im Sturmmonat des Märzen erheben die sozialdemokratischen Frauen aller Länder am sogenannten Frauentag ihre Stimmen, um die politische Gleichberechtigung mit dem Manne zu fordern.

Referentinnen sowie auch die sozialdemokratische Presse sichen in der Agitation für diese Toes die Forderung vom wirtschaftlichen und psychologischen Standpunkt auß zu begründen. Es kann sich hier deshalb nur um eine kurze Orientierung über den Stand der Frage im Kanton Zürich handeln.

Nachdem im Jahre 1914 am kantonalen Parteitag in Winterthur eine Genossin namens der Zürcher Ge-nossinnen einen Antrag auf Einführung des Frauenftimm- und -wahlrechtes im Kanton Zürich eingebracht und begründet hatte, beantragte im Februar 1915 die Genoffin Robmann im Auftrag der sozialdemokratischen Frauen Zürichs am kantonalen Parteitag in Zürich, es sei eine Initiative zur Einführung des Frauenstimmrechts einzuleiten. Der Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Die derzeitige Geschäftsleitung hat nun im Einverständnis mit den Arbeiterinnen sich dahin geeinigt, die neue zurzeit 82 Mitglieder zählende Kantonsratsfraktion möge ihre Parlamentstätigkeit mit einer Frauendebatte großen Stils eröffnen, und damit eine Motion auf Einführung des Frauenstimmrechts begründen. Tropdem unsere Fraktion geschlossen für diese Forderung eintreten wird, ist doch wenig Hoffnung vorhanden, daß die Motion erheblich erklärt wird. Nach den Erfahrungen bei den Stimmrechtsdebatten in Bern und Basel sind jeweilen nur vereinzelte Bürgerliche unsern Fraktionsgenossen zu Hilfe gekommen. Das ist schließlich